



Das Ruder herumreißen

Klimapolitik. Die angepassten Klimavorgaben der Bundesregierung sind ambitioniert. Um langfristig den erforderlichen Kurs zu halten, helfen nur umfangreiche Investitionen. Bleiben geeignete Maßnahmen aus, können die Ziele nur mit volkswirtschaftlichen Verlusten und gravierenden Einschnitten in den Alltag erreicht werden. Wie passende Investitionen aussehen könnten und warum es fatal wäre, jetzt erst einmal abzuwarten, erläutern die IW-Wissenschaftler Sarah Fluchs und Andreas Fischer im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

Vermögensverteilung

Die Vermögenskonzentration in Deutschland ist hoch – verringert sich aber deutlich, wenn auch Renten- und Pensionsansprüche berücksichtigt werden.

—> [Seiten 8-10](#)

Familienpolitik

Vor allem Frauen können Familie und Beruf nach wie vor oft nicht miteinander vereinbaren. Ein Grund dafür sind viele fehlende Betreuungsplätze für die Kinder.

—> [Seiten 14-15](#)

Weitere Themen +++ Betriebsvermögen +++ Verbrauchervertrauen +++ Tarifpolitik +++

Top-Liste: Hochgeschwindigkeitsgleise +++ **Zahl der Woche: Alkoholfreie Getränke**

Die Kosten des Wartens

Klimapolitik. Um die neuen ambitionierten Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen, braucht Deutschland vor allem eins: umfangreiche Investitionen. Bleiben geeignete Maßnahmen aus, können die Ziele nur unter volkswirtschaftlichen Verlusten und gravierenden Einschnitten erreicht werden, wie das Beispiel der Corona-Krise zeigt.

Zu kurzfristig, nicht zielführend und viel zu lasch: Auf das deutsche Klimaschutzgesetz von 2019 hagelte es Kritik. Sogar das Bundesverfassungsgericht schaltete sich ein und verpflichtete den Gesetzgeber im April 2021, die Ziele für die Zeit nach 2030 zu spezifizieren.

Im Kern des Urteils steht die Generationengerechtigkeit: Die Kosten des Klimaschutzes sollen nicht auf zukünftige Generationen abgewälzt werden. Die Bundesregierung reagierte schnell und verringerte die Vorgabe, wie viel Treibhausgasemissionen in Deutschland 2030 noch ausgestoßen werden dürfen, gegenüber den ursprünglichen Zielen um rund 125 Millionen Tonnen CO₂. Die Treibhausgasneutralität soll schon 2045 erreicht werden.

Diese Ziele sind ambitioniert und bedürfen großer zusätzlicher Anstrengungen (siehe iwd 11/2021) – der Staat muss in grüne Technologien und die Klimaforschung investieren, in zahlreichen Branchen müssen Arbeits- und Fertigungs-

schritte auf klimaschonende Prozesse umgestellt werden. Das ist oft mit hohen Kosten verbunden. Solche Ausgaben werden CO₂-Vermeidungskosten genannt – das ist der Preis, den es kostet, bestimmte Mengen an CO₂ einzusparen. Je nach Sektor und Branche sind die Vermeidungskosten unterschiedlich hoch: So sind klimafreundliche Technologien zum Beispiel im Verkehrs- und Industriesektor in der Regel noch deutlich teurer als konventionelle Prozesse und Produkte.

Mögliche Kosteneinsparungen in diesen Bereichen ergeben sich jedoch nicht durch schlichtes Warten auf günstigere Alternativen. Vielmehr muss der Staat schon jetzt Anreize für umfangreiche Investitionen setzen und bürokratische Hürden beim Umstieg auf neue Technologien beseitigen, um die Klimaziele zu erreichen und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu sichern.

Ein Beispiel liefert der Blick auf die Preisentwicklung von Photovoltaikanlagen: Aufgrund der starken Investitionen ist der Endkundenpreis für Solaranlagen in Deutschland von 2006 bis 2019 um rund drei Viertel gesunken. Das verringert auch deren CO₂-Vermeidungskosten deutlich (Grafik):

In den vergangenen 15 Jahren sind die Kosten für eine eingesparte Tonne CO₂ durch Solarstromanlagen um mehr als 90 Prozent gesunken.

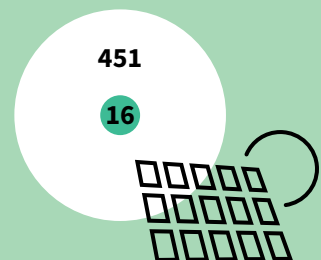
Ähnlich verhält es sich bei E-Batterien für Elektroautos, die

CO₂-Vermeidungskosten: Grün wird günstiger

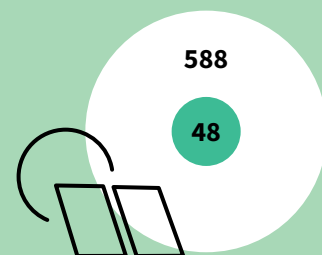
So viel Euro kostet(e) eine eingesparte Tonne CO₂ durch ...

■ 2006 ■ 2021

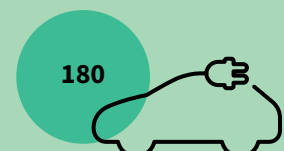
... Photovoltaik-Freiflächenanlagen



... Photovoltaik-Kleinanlagen



... Elektrofahrzeuge



CO₂-Vermeidungskosten: entstehende Kosten bei der Einsparung von CO₂-Emissionen; Photovoltaikanlagen: auf Grundlage der aktuellen Vergütungssätze des EEG; Elektrofahrzeuge: auf Grundlage der Kaufprämie von 9.000 Euro pro Fahrzeug

Quellen: Bundesnetzagentur, Forschungsinformationssystem, Übertragungsnetzbetreiber Deutschland, Umweltbundesamt, Volkswagen, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

mittlerweile weniger als ein Siebtel dessen kosten, was noch vor zehn Jahren zu zahlen war. Der Grund: Da immer mehr Menschen auf batteriebetriebene Fahrzeuge umsteigen und die Verkaufszahlen in die Höhe schießen, profitieren die Hersteller von Skaleneffekten – die Durchschnittskosten pro Batterie sinken, wenn mehr davon produziert werden.

Bleiben geeignete politische Maßnahmen und Investitionen jedoch aus, können die Klimaschutzziele nur unter hohen volkswirtschaftlichen Kosten erreicht werden – beispielsweise, wenn Unternehmen aufgrund fehlender Möglichkeiten zur klimafreundlichen Produktion ins Ausland abwandern. Eine andere, ebenso wenig wünschenswerte Alternative wären gravierende Einschnitte in den Alltag, um den CO₂-Ausstoß zu senken. Ein gutes Beispiel dafür liefern die Lockdowns zur Eindämmung der Corona-Pandemie, als die Wirtschaft stark heruntergefahren wurde.

So sparte die Bundesrepublik 2020 knapp 71 Millionen Tonnen CO₂ ein – rund ein Zehntel ihrer Emissio-

nen. Laut Umweltbundesamt entfiel gut ein Drittel davon auf die Pandemie, etwa durch den reduzierten Pendlerverkehr als Folge von Kurzarbeit und Homeoffice oder die Rückgänge in der industriellen Produktion. Mit anderen Worten:

Die deutschen Klimaziele wurden im vergangenen Jahr nur durch die Folgen der Corona-Krise erreicht.

Dem standen allerdings Umsatzeinbrüche in nahezu jeder Branche gegenüber, das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland sank 2020 um gut 113 Milliarden Euro. Daraus lassen sich über alle Sektoren gemittelte CO₂-Vermeidungskosten durch die Pandemie von knapp 1.650 Euro pro Tonne CO₂ ableiten – weit mehr, als eine eingesparte Tonne CO₂ bei Investitionen in klimafreundliche Technologien kostet.

Ein weiteres Beispiel für die teuren Folgen ausbleibender Investitionen sind Kosten durch klimabedingte Wetterphänomene wie Gewitterserien und Starkregen, die immer häufiger auftreten und große Schäden verursachen (Grafik):

Der Schadensaufwand in der Sach-Elementarversicherung durch das Unwettertief im Juli 2021 wird aktuell auf 4,5 bis 5,5 Milliarden Euro geschätzt.

Schon die Unwetterserie im Juni hinterließ Schäden in Höhe von 400 Millionen Euro, was damals die vierthöchsten Versicherungskosten durch Starkregen und Hochwasser bedeutete – nur einen Monat später führte das Tief Bernd dann zur Flutkatastrophe und zum neuen traurigen Schadensrekord.

Katastrophen wie diese unterstreichen noch einmal deutlich, wie wichtig zeitnahe und umfangreiche Investitionen in den Klimaschutz sind – ganz gleich, ob damit Emissionen vermieden oder die Folgen des Klimawandels bekämpft werden. Die Kosten des Wartens und des erzwungenen Verzichts sind in jedem Fall deutlich höher.

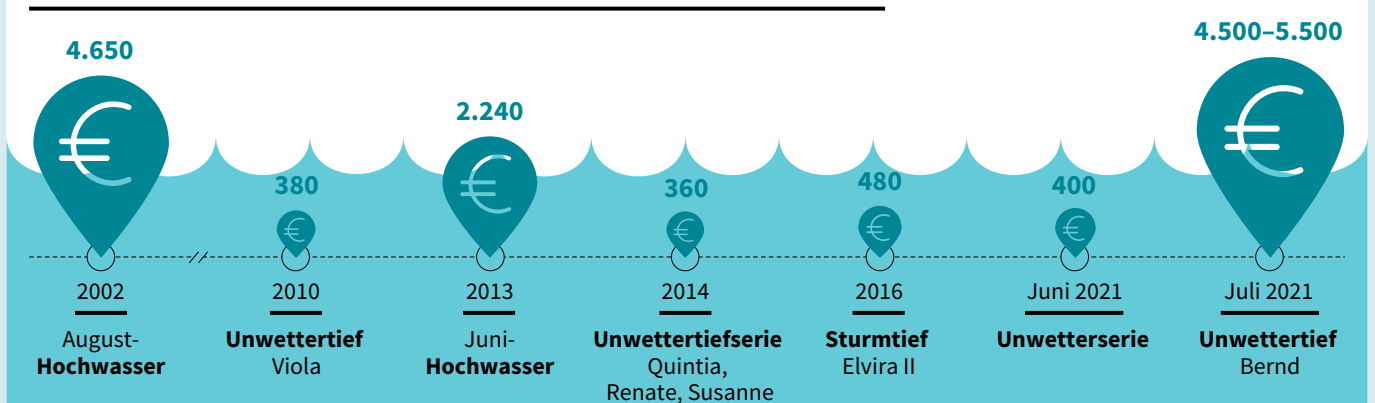
IW-Kurzbericht 46/2021

Andreas Fischer, Sarah Fluchs: Investitionen in den Klimaschutz: Die Kosten des Wartens

iwkoeln.de/investitionen-klima

Überschwemmungen: Die höchsten Versicherungsschäden

Schadensaufwand in Deutschland durch Starkregen und Hochwasser in der Sach-Elementarversicherung in Millionen Euro



Elementarversicherung: Versicherungsschutz für Schäden durch Naturgewalten; ohne Kfz-Versicherung; Schadensaufwand: in Preisen von 2020; 2021: vorläufige Schätzung

Quelle: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft © 2021 IW Medien / iwd

Interview. Mit den angepassten Klimavorgaben hat sich die Bundesregierung hochgesteckte Ziele gesetzt. Im iwd-Interview erläutern die IW-Wissenschaftlerin **Sarah Fluchs** und der IW-Wissenschaftler **Andreas Fischer**, wie umfangreiche Investitionen helfen können, diese Ziele zu erreichen und warum auch kurzfristig akute Klimafolgen bekämpft werden müssen.

„Deutschland wird viel Geld in die Hand nehmen müssen“

Frau Fluchs, Herr Fischer, wie stehen Sie zu den neuen Klimazielen der Bundesregierung?

Fischer: Ambitionierte Ziele sind ein notwendiger erster Schritt, nun kommt es aber auf die Umsetzung an. Deutschland wird jetzt viel Geld in die Hand nehmen müssen. Die Ausbauziele der im vergangenen Jahr verabschiedeten Novelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz reichen zum Beispiel hinten und vorne nicht, hier muss der Staat nachbessern.

Gehen Sie davon aus, dass Deutschland die gesteckten Ziele erreichen kann?

Fluchs: Ja, sofern die Voraussetzungen dafür stimmen. Es geht nicht um die Frage, ob wir es schaffen oder nicht, sondern darum, wie wir es schaffen. Es kommt jetzt darauf an, je nach Wirtschaftssektor die richtigen Maßnahmen zu finden und diese entsprechend umzusetzen.

Verpasst der Staat gerade seine Aufgabe, Innovations- und Forschungsanreize zu setzen?

Fluchs: Ich habe den Eindruck, dass die deutschen Unternehmen

sehr gewillt sind, Innovationen voranzutreiben und sowohl auf Länder- als auch Bundesebene dahingehend gut unterstützt werden. Der Knackpunkt für die Unternehmen ist die Planungssicherheit: Mit welchen Unterstützungsmaßnahmen kann ich langfristig planen, um sicherzugehen, dass sich große Innovationen auch wirtschaftlich lohnen?

Fischer: Genau, viele Unternehmen brauchen einfach diese Sicherheit – wenn Wasserstoff in der Stahlproduktion eingesetzt werden soll, muss die Pipeline dafür bereitstehen, sobald das Unternehmen so weit ist, seine Prozesse umzustellen. Das gleiche Prinzip gilt auch bei den erneuerbaren Energien: Ich kann als Unternehmen nur klimaneutral produzieren, wenn der grüne Strom in ausreichender Menge vorhanden ist und bei mir ankommt. Das ist ein Bereich, in dem die Politik in der Vergangenheit mehr hätte umsetzen können.

Gibt es Beispiele dafür, dass staatliche Investitionen schon gut funktionieren?

Fischer: Die Photovoltaikanlagen sind so ein Fall, die werden in Deutschland seit mittlerweile mehr als 20 Jahren über das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert. Der Staat hat hier viel investiert und stottert davon noch viele Milliarden pro Jahr ab – kosteneffizient war das Ganze nicht. Was Deutschland aber geschafft hat: Weil es sich durch die öffentlichen Investitionen wirtschaftlich lohnt, wurden immer mehr Solaranlagen gebaut, wodurch auch die Kosten sanken. Es muss also zunächst einmal viel Geld investiert werden, damit Skaleneffekte erreicht werden können und die Kosten dauerhaft sinken – je größer die Produktion ist, desto günstiger wird es in der Summe. Aktuell sinken die Preise vieler grüner Technologien, da die Nachfrage steigt, mehr produziert wird und sich so die Durchschnittskosten verringern.

Kann Deutschland hier eine Vorreiterrolle einnehmen?

Fluchs: Prinzipiell ja. Es ist aber sehr schwierig, die direkten Vorteile solcher Investitionen zu zeigen. Man sieht zwar, dass es erneuerbare



Fotos: IW Medien

Energien zu günstigeren Preisen gibt, die positiven Auswirkungen auf das Klima sind aber natürlich nicht lokal beschränkt und folgen zeitlich nicht unmittelbar. Deswegen ist eine direkte Zuordnung zu den konkreten Maßnahmen oft schwierig.

Fischer: Es geht ja nicht nur darum, ein gutes Beispiel zu sein. Eigentlich ist es einfach: Wenn eine grüne Technologie gut erforscht und etabliert ist, sie funktioniert, günstig ist und sich obendrein mit ihr Geld verdienen lässt – dann wollen viele diese Technologie haben. Investitionen in den Klimaschutz können deswegen auch eine einfache Businessentscheidung sein. Die Nachfrage nach grünen Technologien steigt aktuell weltweit, die könnte Deutschland gerade als Exportnation gut bedienen. Als hiesiges Unternehmen verpasst man Chancen und Märkte, wenn man jetzt nicht investiert.

Es wird oft von langfristigen Investitionen in den Klimaschutz gesprochen. Viele Klimafolgen sind aber aktuell schon spürbar – muss deshalb nicht auch kurzfristig

investiert werden, um akute Klimafolgen zu bekämpfen und mit klimatischen Veränderungen besser umzugehen?

Fluchs: Richtig, denn wir stecken schon mitten im Klimawandel und müssen zusehen, dass wir auch akute Klimafolgen bekämpfen und Vorkehrungen treffen. Es geht nicht mehr ausschließlich darum, das Klima präventiv zu behandeln – es muss heute zusätzlich Geld in die Hand genommen werden, um Schadensbegrenzung zu betreiben.

Fischer: Wichtig ist, sowohl in den Klimaschutz als auch in die Bekämpfung der Folgen zu investieren, das eine kann das andere nicht ersetzen. Windräder werden das Hochwasser nicht aufhalten, nur ein Damm hilft aber auch nicht gegen die Erderwärmung.

Worin liegt die Schwierigkeit, beides zu verbinden?

Fluchs: Ein Punkt ist sicherlich die Akzeptanz in der Bevölkerung. Man muss vermitteln, dass sowohl Präventiv- als auch Sofortmaßnahmen nötig sind. Es darf aber auch nicht die Erwartung entstehen, dass

die Effekte von großen Investitionen in den Klimaschutz in zwei bis drei Jahren direkt spürbar sind. Hier muss der Staat die Menschen sensibilisieren und aufklären.

Was könnten aktuell sinnvolle Investitionen sein?

Fischer: Die öffentliche Hand sollte vor allem Infrastrukturen bereitstellen, die neue Technologien ermöglichen. Ein potenzieller E-Autofahrer baut sich seinen Ladepunkt nicht selbst an die Autobahn – wenn es aber genug davon gibt, steigt er vielleicht auf einen elektrischen Wagen um. Ebenso brauchen wir weitere Investitionen in eine erneuerbare Energieversorgung. Für Unternehmen gilt es, die Umstellung auf klimafreundliche Produktionsprozesse voranzutreiben. Aber auch private Haushalte können sinnvoll investieren, beispielsweise in Photovoltaikanlagen mit Batteriespeichern oder Wärmepumpen. Leider scheitern viele solcher Ausgaben noch oft an den hohen Bürokratiedürden in Deutschland. Solche Hemmnisse müssen dringend abgebaut werden.

Die große Unbekannte

Betriebsvermögen. Die ungleiche Verteilung der Vermögen steht in Deutschland regelmäßig im Zentrum hitziger Debatten. Eine besondere Rolle spielt dabei das Betriebsvermögen – denn im Gegensatz zu anderen Vermögen kann es in der Regel nicht von heute auf morgen zu Bargeld gemacht werden. Hinzu kommt, dass Betriebsvermögen nur schwer zu bewerten ist. Das IW hat sich im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen dieses Problems angenommen.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist die Vermögensungleichheit in Deutschland relativ stark ausgeprägt (siehe Seiten 8–10). Abzulesen ist das am Gini-Koeffizienten: Ein Wert von null bedeutet, dass alle Haushalte das gleiche Nettovermögen besitzen, ein steigender Wert steht für eine ungleichere Verteilung.

In Deutschland lag der Gini-Koeffizient gemäß Daten der Credit Suisse im Jahr 2019 bei 0,82 – in Dänemark sogar bei 0,84, in Frankreich betrug er 0,70, in Spanien 0,69 und in der Slowakei nur 0,50.

Das sind relativ große Unterschiede, allerdings lassen sich diese Zahlen ohne eine Einordnung in den spezifischen Länderkontext kaum bewerten.

Eine wichtige Erklärung für die Unterschiede liegt im Niveau der staatlichen Absicherung. Ist sie – wie in den skandinavischen Ländern und in Deutschland – besonders umfangreich, ist die Vermögensungleichheit tendenziell stärker ausgeprägt, denn die Menschen müssen weniger privat vorsorgen und legen deshalb nicht so viel auf die hohe Kante.

Des Weiteren lässt sich die relativ hohe Vermögenskonzentration in Deutschland damit begründen, dass die heimische Wirtschaft stark durch eigentümergeführte Familienunternehmen geprägt ist. Und wenn Unternehmensbesitz und damit verbundene Immobilien sowie andere Vermögenswerte auf wenige Unternehmerfamilien und Selbstständige konzentriert sind, ist die gemessene Vermögensungleichheit rechnerisch höher, als wenn es in Deutschland ausschließlich börsennotierte Unternehmen im Streubesitz gäbe.

Dabei bleibt jedoch außen vor, dass Familienunternehmen häufig nachhaltiger agieren als börsennotierte Unternehmen, sie sind stärker regional verankert und

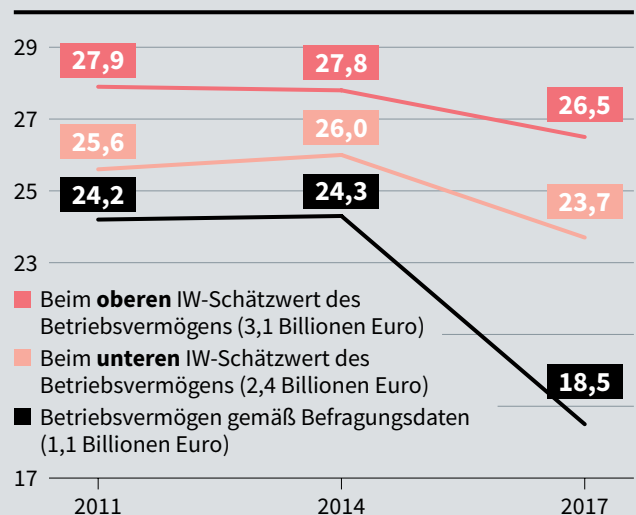
haben eine geringere Mitarbeiterfluktuation. Die britische Zeitschrift „The Economist“ hat kürzlich ausgerechnet, dass mindestens zwei Drittel der sogenannten Hidden Champions in Städten mit weniger als 50.000 Einwohnern zu finden sind – nach Ansicht der Autoren ist das ein wesentlicher Grund für den vergleichsweise stark ausgeprägten sozialen Frieden in Deutschland.

Doch wie hoch ist das private Betriebsvermögen in Deutschland eigentlich? Anders als etwa bei Aktien und Häusern ist der Preis eines privaten Unternehmens nicht so einfach zu bestimmen, da es keinen transparenten Markt für Unternehmensverkäufe gibt – umso schwieriger ist es, das gesamte Betriebsvermögen in Deutschland exakt zu beziffern. Zum einen sind die vorliegenden Befragungsdaten unzureichend, weil sie insbesondere hohe (Betriebs-)Vermögen nicht ausreichend abbilden. Zum anderen zeigt sich der tatsächliche Wert eines Unternehmens in der Regel erst bei seinem Verkauf.

Das IW hat sich im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen mit diesen Problemen beschäftigt und greift dabei auf die Befragungsdaten „Private Haushalte und ihre Finanzen“ (PHF) der Deutschen Bundesbank und die

Das Vermögen der Reichen

So viel Prozent des gesamten Bruttovermögens entfielen auf das 1 Prozent der Haushalte mit den höchsten Vermögen

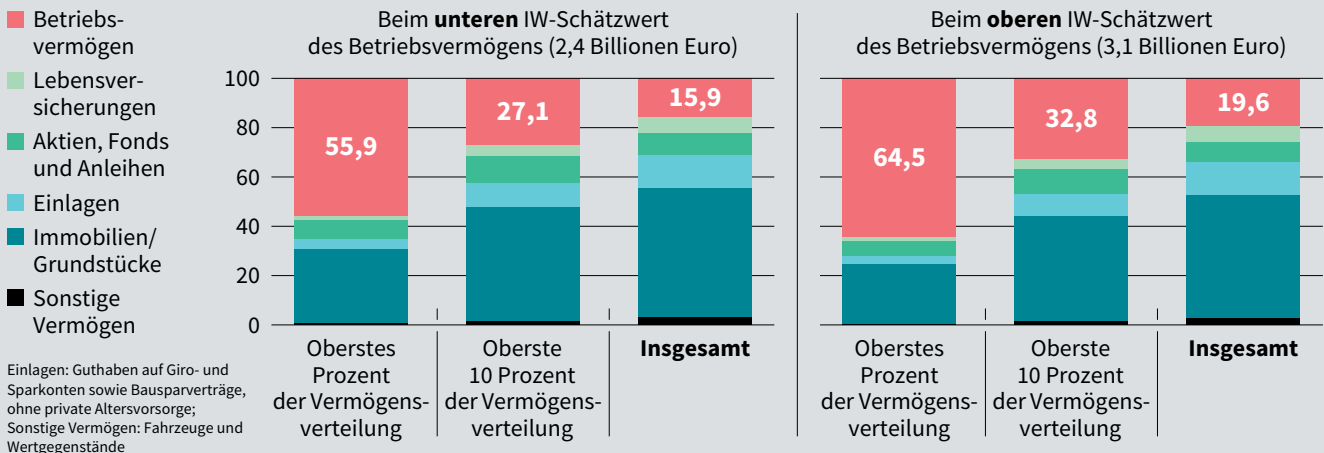


Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Hohe Vermögen vor allem in Betrieben gebunden

Anteile am Bruttovermögen in Deutschland 2017 in Prozent



Einlagen: Guthaben auf Giro- und Sparkonten sowie Bausparverträge, ohne private Altersvorsorge; Sonstige Vermögen: Fahrzeuge und Wertgegenstände

Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft © 2021 IW Medien / iwd

iwd

Unternehmensdatenbank dafne zurück. Während die PHF-Daten die Grundlage für die Bezifferung des Betriebsvermögens in sehr kleinen Unternehmen (weniger als zehn Mitarbeiter) sind, dient ein Sample von knapp 4.500 Unternehmen aus der dafne-Datenbank dazu, dieses auf alle eigentümergeführten Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten auf Basis des vereinfachten Ertragswertverfahrens hochzurechnen. Das Ergebnis:

Das Betriebsvermögen der eigentümergeführten Unternehmen im Jahr 2017 wird auf 2,4 Billionen Euro (unterer Schätzwert) bis 3,1 Billionen Euro (oberer Schätzwert) taxiert.

Diese Werte sind aufgrund der Unsicherheit der zugrunde liegenden Daten zwar nur eine Annäherung, die im Wesentlichen darauf beruht, dass hohe und sehr hohe Vermögen hinzugeschätzt wurden. Gleichwohl weisen die Ergebnisse darauf hin, dass die Betriebsvermögen deutlich höher ausfallen, als es amtliche Statistiken oder Befragungen nahelegen. Auf der Basis der PHF-Daten zum Beispiel summiert sich das Betriebsvermögen in Deutschland lediglich auf insgesamt 1,1 Billionen Euro.

Die IW-Daten zeigen zudem, dass vor allem die Vermögen der reicheren Haushalte zu wesentlichen Teilen aus Betriebsvermögen bestehen (Grafik):

Beim unteren Schätzwert von 2,4 Billionen Euro Betriebsvermögen stecken rund 56 Prozent der Vermögen, die auf das 1 Prozent der Haushalte mit dem größten Gesamtvermögen entfallen, in Betrieben – beim oberen Schätzwert von 3,1 Billionen Euro sind es sogar fast 65 Prozent.

Auch hier zum Vergleich: Nach den PHF-Daten liegt der Anteil, den das Betriebsvermögen am Gesamtvermögen des oberen Prozents der Haushalte ausmacht, bei 39 Prozent. Allerdings gilt auch: Die Ungleichverteilung der Vermögen steigt durch die Integration der höher bewerteten Betriebsvermögen. Da das IW jedoch auch die bisherige Untererfassung anderer Vermögenswerte berücksichtigt, wird dieser Effekt teilweise kompensiert.

So steigen zum Beispiel die Geldvermögen nicht nur im oberen Bereich, auch der Median – die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger – der Haushaltsnettovermögen steigt von 71.000 auf 101.000 Euro. Das heißt: Nach den IW-Berechnungen sind nicht nur die Reichen reicher als gedacht, sondern auch die Haushalte der Mittelschicht.

Ein Blick auf die Entwicklung der Vermögensungleichheit zeigt: Durch das Hinzuschätzen hoher (Betriebs-) Vermögen fällt die Kluft zwar größer aus als ohne deren Berücksichtigung, es gibt aber keinerlei Anzeichen dafür, dass die Ungleichheit seit der Finanzkrise zugenommen hat. Unabhängig davon, ob das Betriebsvermögen nach dem unteren oder oberen IW-Schätzwert definiert wird oder nach den Befragungsdaten der Bundesbank – der Vermögensanteil des obersten Prozents war 2017 etwas niedriger als im Ausgangsjahr 2011 (Grafik Seite 6).

IW-Gutachten

Markus Demary, Tobias Hentze, Björn Kauder, Judith Niehues: Die Rolle der Betriebsvermögen in der Vermögensverteilung, Gutachten im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen iwkoeln.de/betriebsvermoegen

Rentenansprüche machen den Unterschied

Vermögensverteilung. Die Ungleichheit der Vermögen ist in Deutschland relativ hoch – so wie in den meisten Staaten, die über ein umfassendes Sozialsystem verfügen. Die Vermögenskonzentration in Deutschland verringert sich allerdings deutlich, wenn beim Vermögen auch Renten- und Pensionsansprüche berücksichtigt werden.

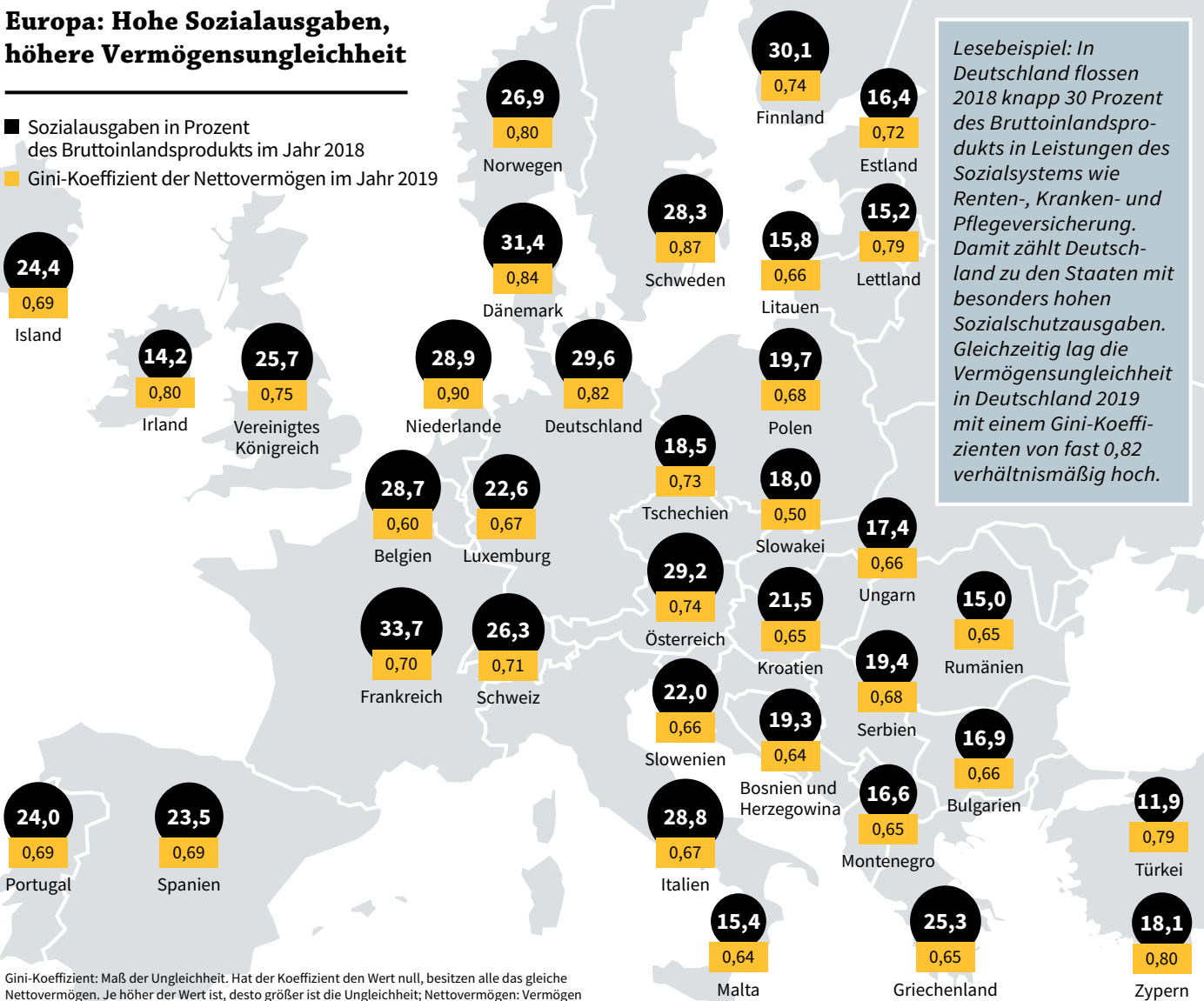
Deutschland leistet sich ein umfassendes und ziemlich teures Sozialsystem.

Das wird klar, wenn man auf die Sozialausgaben in Prozent der Wirtschaftsleistung schaut (Grafik):

Fast 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wurden in Deutschland im Jahr 2018 für Soziales ausgegeben, also beispielsweise für Renten- und Krankenversicherung oder Arbeitslosengeld.

Europa: Hohe Sozialausgaben, höhere Vermögensungleichheit

- Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2018
- Gini-Koeffizient der Nettovermögen im Jahr 2019



Lesebeispiel: In Deutschland flossen 2018 knapp 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Leistungen des Sozialsystems wie Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Damit zählt Deutschland zu den Staaten mit besonders hohen Sozialschutzausgaben. Gleichzeitig lag die Vermögensungleichheit in Deutschland 2019 mit einem Gini-Koeffizienten von fast 0,82 verhältnismäßig hoch.

Gini-Koeffizient: Maß der Ungleichheit. Hat der Koeffizient den Wert null, besitzen alle das gleiche Nettovermögen. Je höher der Wert ist, desto größer ist die Ungleichheit; Nettovermögen: Vermögen und Schulden sind miteinander verrechnet

Quellen: Credit Suisse, Eurostat
© 2021 IW Medien / iwd

Damit befindet sich Deutschland im europaweiten Vergleich in der Spitzengruppe.

Was deshalb – zumindest auf den ersten Blick – überrascht, ist der Gini-Koeffizient für die Vermögensverteilung in Deutschland. Der Gini ist das etablierte Maß dafür, wie gleich oder ungleich es in einem Land zugeht. Beim Wert null würde jeder Einwohner exakt gleich viel besitzen. Ein steigender Wert geht mit einer größeren Ungleichverteilung einher.

Der Gini-Koeffizient von knapp 0,82 im Jahr 2019 signalisiert für Deutschland eine deutliche Ungleichverteilung der Vermögen.

Allerdings kommt nicht nur Deutschland so schlecht weg: Viele Staaten, die einen hohen Anteil des Bruttoinlandsprodukts für soziale Zwecke ausgeben, weisen bei der Vermögensverteilung einen hohen Gini-Koeffizienten auf – auch viele skandinavische Länder, die gemeinhin als mustergültige Wohlfahrtsstaaten gelten.

Doch bei näherer Betrachtung löst sich der vermeintliche Widerspruch aus hohen Sozialausgaben und hoher Vermögensungleichheit in Deutschland auf. Denn der Gini-Koeffizient bewertet lediglich, wie gleich oder ungleich die eindeutig zu erfassenden und veräußerbaren privaten Vermögen verteilt sind, also Finanzvermögen und Immobilienbesitz. Dagegen lässt er unberücksichtigt, inwiefern staatliche Vorsorge die individuelle Vermögensbildung ersetzt. Doch gerade dieser Aspekt ist aus zwei Gründen wichtig:

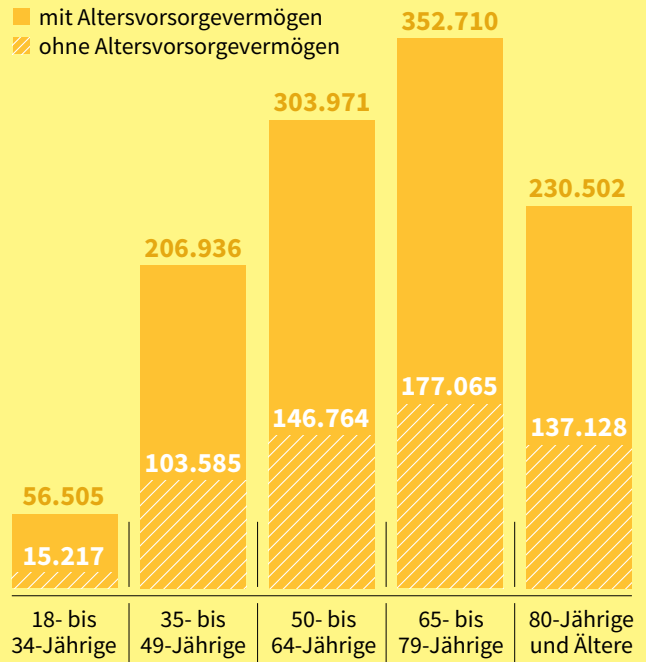
Erstens sinkt die Notwendigkeit, sich privat abzusichern, wenn der Sozialstaat seinen Bürgern ein umfassendes Sicherungsversprechen macht. Das heißt: Wenn ich über staatliche Versicherungssysteme einen Rentenanspruch erwerbe, muss ich nicht auch noch privat Vermögen aufbauen, von dem ich im Alter leben kann.

Zweitens bedeutet ein ausgeprägtes Sozialsystem, dass die Bürger dafür entsprechende Abgaben oder Beiträge zahlen müssen – beispielsweise für die Rentenkasse. Das schmälert wiederum ihren finanziellen Spielraum, zusätzlich fürs Alter vorzusorgen.

Neben diesen Zusammenhängen gibt es noch eine weitere Thematik, die in den allermeisten Staaten für eine relativ hohe Vermögensungleichheit sorgt: Lebenszykluseffekte. Dahinter verbirgt sich die Tatsache, dass man zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Leben unterschiedlich leicht Vermögen aufbauen kann – oder will. So fällt beispielsweise einem Studenten, dem nur ein geringes Einkommen zur Verfügung steht, der Vermögensaufbau deutlich schwerer als einer Person, die seit Jahren erfolgreich im Job ist. Zugleich sinkt für Ältere das Bestreben, nach Eintritt in den Ruhestand zusätzliches Vermögen anzuhäufen.

Vermögen: Altersvorsorge sorgt für deutlichen Aufschlag

Durchschnittliches Nettovermögen je Einwohner in Deutschland im Jahr 2017 in Euro



Nettovermögen: Vermögen und Schulden sind miteinander verrechnet; Personen-, nicht Haushaltsbetrachtung; Altersvorsorgevermögen: Ansprüche gegenüber der gesetzlichen, betrieblichen und privaten Rentenversicherung sowie Beamtenversorgung

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft © 2021 IW Medien / iwd



Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat nun in einem Gutachten im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft analysiert, wie all diese Zusammenhänge die Ungleichheit der Vermögen in Deutschland beeinflussen. Grundlage für die Studie waren Daten des Sozio-oekonomischen Panels sowie der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Letztere zeigt:

Das mittlere Haushaltsnettovermögen war 2018 bei den 70- bis 74-Jährigen mit 129.600 Euro am höchsten, auf Rang zwei folgten die 55- bis 59-Jährigen – wobei immer das Alter des Haupteinkommensbeziehers maßgeblich war.

Generell bestätigt sich die Vermutung, dass die Haushalte in Rentennähe oder kurz nach Renteneintritt besonders vermögend sind. Allerdings kommt es mit noch höherem Lebensalter zu keinem so deutlichen Abbau des Vermögens, wie es die Theorie vermuten lässt. Das dürfte daran liegen, dass Menschen mit Blick auf ihre Erben bewusst nicht alles ausgeben.

Diese Erkenntnis ist für die Diskussion um die Erbschaftsteuer interessant, denn diese Steuer könnte altruistische Haushalte dazu bringen, mehr Vermögen selbst auszugeben oder gar nicht erst anzusparen.

Absolut betrachtet nimmt die Spannbreite der Vermögen mit dem Alter zu, gleichzeitig reduziert sich die relative Ungleichheit:

Um als unter 30-jährige Person zu den obersten 10 Prozent zu gehören, muss man über das 14-Fache des Medianvermögens dieser Altersgruppe verfügen; bei den 55- bis 59-Jährigen genügt das Fünffache.

Hinzu kommt, dass mehr als 20 Prozent der unter 30-Jährigen ein negatives Haushaltsnettovermögen verzeichnen – sie haben also mehr Schulden als Vermögenswerte. Bei den über 65-Jährigen gilt das nur noch für 3 Prozent der Haushalte.

Lebenszykluseffekte haben also erheblichen Einfluss auf die Vermögensungleichheit in Deutschland. Das gilt auch für die Renten- und Pensionsansprüche – und zwar in erheblichem Maß. Denn Finanz- und Immobilienvermögen abzüglich der Schulden – also das klassische Nettovermögen – machten im Jahr 2017 lediglich knapp 49 Prozent des erweiterten Nettovermögens der Einwohner Deutschlands aus. Das heißt umgekehrt (Grafik):

Mehr als 51 Prozent des Vermögens der Bundesbürger steckte in Form von Leistungsansprüchen im gesetzlichen, betrieblichen und privaten Rentenversicherungssystem sowie in der Beamtenversorgung.

Nach den verschiedenen Altersgruppen differenziert, zeigt sich vor allem in der jüngsten Kohorte ein ganz erheblicher Effekt (Grafik Seite 9):

Wird das Altersvorsorgevermögen berücksichtigt, steigt das Nettovermögen der 18- bis 35-Jährigen auf den 3,7-fachen Wert; bei den älteren Jahrgängen verdoppeln die geschätzten Vermögenswerte aus Renten- und Pensionsansprüchen das Vermögen.

Doch nicht nur mit Blick auf das Alter gibt es Bevölkerungsgruppen, die rechnerisch erhebliche Vermögen aus Ansprüchen gegenüber den Rentenversicherungssystemen halten. So verfügten Mieter 2017 in der klassischen Vermögensbetrachtung im Durchschnitt über lediglich rund 32.000 Euro Nettovermögen; mit dem erweiterten Vermögensbegriff war es knapp viermal so viel. Bewohner der neuen Bundesländer kommen, wenn ihre Renten- und Pensionsansprüche berücksichtigt werden, zu einem dreimal so hohen Vermögen. Bei Menschen mit Migrationshintergrund steigt das Vermögen durch den Faktor Altersvorsorge immerhin auf das 2,1-Fache. Grundlegende Strukturen im Vermögensbesitz verschieben sich durch die Hinzuschätzung allerdings nicht:

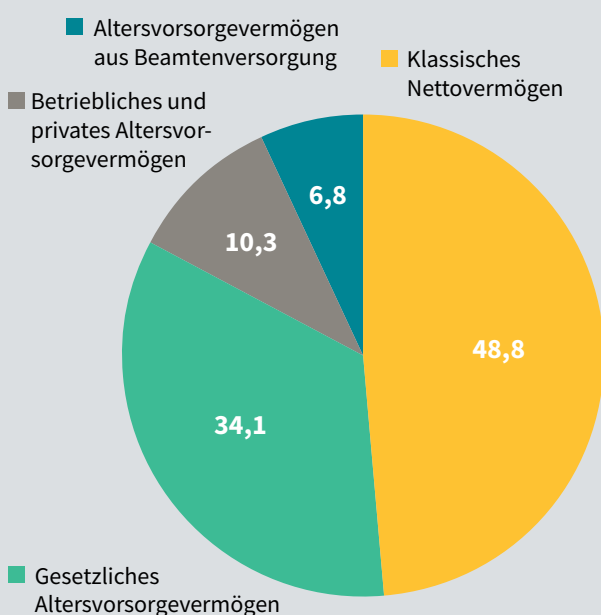
Männer sowie Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer sind sowohl mit als auch ohne Altersvorsorge besonders vermögend.

Allerdings führt die erweiterte Vermögensbetrachtung dazu, dass sich der Gini-Koeffizient für die Vermögensverteilung im Jahr 2017 deutlich um 0,2 Punkte auf rund 0,6 reduziert. Damit ist das Vermögen in Deutschland zwar weiterhin deutlich ungleicher verteilt als die Einkommen (dort beträgt der Gini-Koeffizient knapp 0,3), aber längst nicht mehr so ungleich, wie in der unvollständigen, klassischen Betrachtung.

Das hat Folgen für politische Forderungen, die gerade in Wahlkampfzeiten hoch im Kurs stehen – wie etwa die Forderung nach einer Vermögensteuer –, aber auch für die verschiedenen Alterssicherungssysteme: So könnte beispielsweise ein steigender Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung verhindern, dass privat zusätzlich – und gegebenenfalls vermögensfördernder – für das Alter vorgesorgt wird.

Die Vermögensstruktur in Deutschland

Anteil am durchschnittlichen erweiterten Nettovermögen im Jahr 2017 in Prozent



Klassisches Nettovermögen: zum Beispiel Sparguthaben, Immobilien; Vermögen und Schulden sind miteinander verrechnet; Personen-, nicht Haushaltsbetrachtung

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

IW-Gutachten

Maximilian Stockhausen, Jochen Pimpertz, Judith Niehues:
Gerechtes Deutschland – Die Rolle der Vermögen
iwkoeln.de/rolle-der-vermoegen

Die Stimmung steigt

Verbrauchervertrauen. Nach dem coronabedingten Absturz im Jahr 2020 ist das Vertrauen der Verbraucher in Deutschland in jüngster Zeit wieder deutlich gewachsen. Die eigene Finanzlage schätzen die Konsumenten sogar als besser ein als vor der Pandemie.

Gastronomie, Kultureinrichtungen, Einzelhandel – alles war im vergangenen Jahr zumindest zeitweise geschlossen, um die Pandemie zu bekämpfen. Die Folge: In Deutschland gingen nahezu 150 Milliarden Euro an Konsumausgaben verloren, im ersten Quartal des laufenden Jahres waren es nochmals rund 50 Milliarden Euro.

Weil sich die Corona-Lage in Deutschland aber seither verbessert hat und Restriktionen gelockert wurden, hat sich auch die Stimmung der Konsumenten aufgehellt. Dies zeigt der gemeinsam vom Unternehmens- und Forschungsverbund The Conference Board (TCB) und dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) veröffentlichte Verbrauchervertrauensindex (Grafik):

Auf einer Skala von 0 bis 200 stieg das Verbrauchervertrauen in Deutschland im zweiten Quartal 2021 um neun Punkte auf 106 – das war der höchste Wert seit Mitte 2018.

Dabei zeigen alle Komponenten des TCB-IW-Verbrauchervertrauens einen Aufwärtstrend:

- **Die meisten Verbraucher sind hinsichtlich ihrer Beschäftigungsperspektiven wieder zuversichtlich.** Im zweiten Quartal 2021 berichteten 49 Prozent von guten Jobaussichten, 44 Prozent waren eher pessimistisch. Im vorangegangenen Quartal waren die Skeptiker noch in der Mehrzahl.

- **Die Konsumenten stehen finanziell überwiegend gut da.** Der Anteil jener, die mit ihrer Finanzlage zufrieden oder sogar sehr zufrieden sind, überstieg den Anteil derjenigen mit einer negativen Einschätzung zuletzt um fast 30 Prozentpunkte. Damit wurde sogar der Höchstwert aus dem Frühjahr 2018 übertroffen.

- **Die Kaufneigung nimmt zu.** Danach gefragt, ob die Zeit für neue Anschaffungen derzeit gut sei, fällt die Antwort der Verbraucher aktuell wieder mehrheitlich positiv aus. Ob der pandemiebedingt ausgefallene Konsum nachgeholt wird, ist jedoch zu bezweifeln. So wollen 46 Prozent der Befragten freie finanzielle Mittel weiterhin sparen – vor der Corona-Krise lag dieser Wert durchgängig unter 30 Prozent.

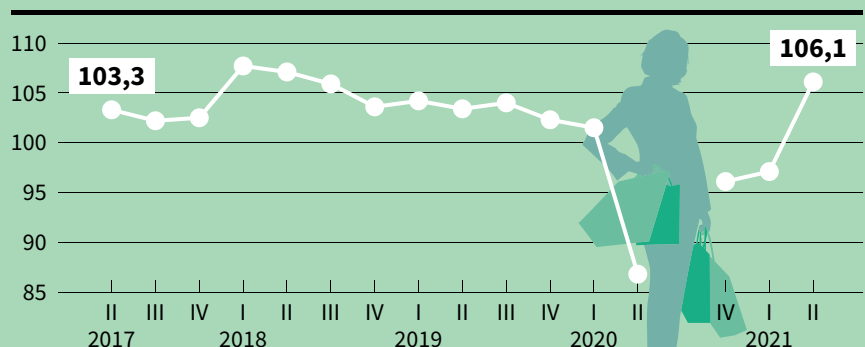
Unterm Strich stehen die Zeichen für eine steigende Konsumnachfrage also recht gut. Allerdings gibt es auf der Angebotsseite weiterhin Beschränkungen – etwa, weil Firmen nicht mit voller Kapazität produzieren können und Kulturveranstaltungen noch immer nur mit begrenzter Teilnehmerzahl oder überhaupt nicht stattfinden. Prognosen für die folgenden Quartale sind zudem schwierig, weil der weitere Pandemieverlauf – Stichwort: Virusmutationen – nur schwer abzusehen ist.

IW-Kurzbericht 49/2021

Hubertus Bardt, Michael Grömling: Das Vertrauen der Konsumenten ist zurück
iwkoeln.de/vertrauen_konsumenten

Verbraucher in Deutschland: Die Zuversicht ist zurück

Verbrauchervertrauen in Punkten auf einer Skala von 0 (schlecht) bis 200 (exzellent)



Die Daten werden im Rahmen des Global Consumer Confidence Survey erhoben; für das dritte Quartal 2020 wurden keine Werte erhoben

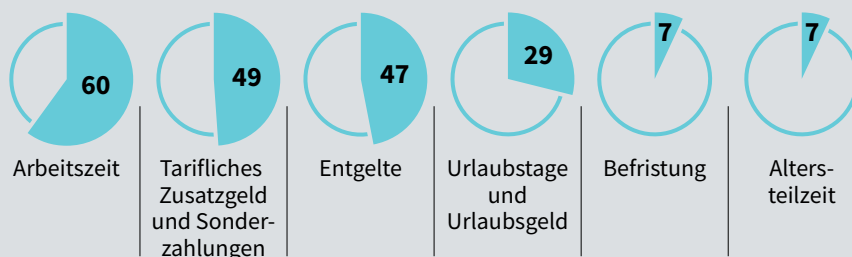
Quellen: The Conference Board, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2021 IW Medien / iwd

Modern und differenziert

Tarifpolitik. Um in schwierigen Zeiten investieren zu können und Arbeitsplätze zu sichern, dürfen Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie über Ergänzungstarifverträge von den Regelungen des jeweils gültigen Flächentarifs abweichen. Eine neue IW-Studie zeigt, dass Unternehmen und Gewerkschaften diese Verträge recht gut an die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Unternehmen anpassen können. Es gibt aber auch Hürden.

Metall- und Elektro-Industrie: Die Ergänzungstarifverträge

In so viel Prozent der Ergänzungstarifverträge wurden Änderungen zu folgenden Themen vereinbart



Tarifverträge, die zum Stichtag 31. Mai 2019 gültig waren;
Auswertung von knapp 400 Ergänzungstarifverträgen aus der Metall- und Elektro-Industrie

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Das IW hat sich rund 400 Tarifverträge angesehen, die am 31. Mai 2019 gültig waren. Die Stichprobe besteht, soweit zuordenbar, zu 28 Prozent aus Unternehmen mit bis zu 200 Mitarbeitern, 27 Prozent der Betriebe hatten 201 bis 500 Beschäftigte, 16 Prozent 501 bis 999 und 25 Prozent mindestens 1.000. Die Ergebnisse:

Die Inhalte von Ergänzungstarifverträgen. Wenn von den Regelungen im Flächentarifvertrag abgewichen wird, kann das viele Themen betreffen – eines wurde in der Metall- und Elektro-Industrie im Zeitraum 2015 bis 2019 besonders oft angegangen (Grafik):

Rund 60 Prozent der untersuchten Ergänzungstarifverträge enthielten Änderungen der Arbeitszeit.

Dazu gehören Änderungen der Wochenarbeitszeit, der Regeln, um die Wochenarbeitszeit bei bestimmten Beschäftigten oder Beschäftigengruppen auszuweiten, der Samstagsarbeit oder des Ausgleichszeitraums, innerhalb dessen die vereinbarte Wochenarbeitszeit im Durchschnitt eingehalten werden muss.

In 49 Prozent der Ergänzungstarifverträge wurde mindestens eine Jahressonderzahlung, also das Weihnachtsgeld, oder das 2019

Angesichts der Megatrends Globalisierung, Digitalisierung, Dekarbonisierung, Strukturwandel und Demografie stehen die Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie (M+E-Industrie) vor großen Umbrüchen. Um innovationsfähig zu bleiben und flexibel auf die neuen Anforderungen reagieren zu können, müssen Löhne und andere Arbeitsbedingungen den jeweiligen Umständen angepasst werden – eine Bedingung, die viele Unternehmen mit den klassischen Flächentarifverträgen nicht mehr erfüllt sehen.

Tatsächlich aber bieten die Tarifverträge durchaus die Möglich-

keit, betriebliche Abweichungen zu vereinbaren und so auf spezifische Bedürfnisse zu reagieren. Des Rätsels Lösung hört auf den Namen „Pforzheimer Abkommen“. Dieser 2004 geschlossene Pakt zwischen den Tarifpartnern der M+E-Industrie erlaubt den Abschluss von Ergänzungstarifverträgen, die auf betrieblicher Ebene von den tariflichen Bestimmungen abweichen.

Im Unterschied zu Öffnungsklauseln, die bereits im Tarifvertrag definiert sind und der Zustimmung des Betriebsrats bedürfen, werden Ergänzungstarifverträge mit der Gewerkschaft ausgehandelt.

eingeführte tarifliche Zusatzgeld (T-ZUG) angepasst.

Die Entgelte selbst landeten mit 47 Prozent erst auf Platz drei des Rankings. Die Änderungen bezogen sich hier auf tabellenwirksame Tarifierhöhungen, Einmalzahlungen, Zuschläge, das Leistungsentgelt oder das Entgeltniveau.

Urlaub und Urlaubsgeld wurden in 29 Prozent der Ergänzungstarifverträge angepackt. Weit abgeschlagen – mit jeweils 7 Prozent – waren die Bereiche Befristung und Altersteilzeit.

Zudem gab es regionale Unterschiede: Während die tariflichen Arbeitszeitregelungen in Ostdeutschland deutlich seltener verändert wurden als in Westdeutschland, war es bei Abweichungen von Entgeltregelungen, Sonderzahlungen und Urlaubsregelungen umgekehrt.

• **Arbeitszeit.** In 44 Prozent der Ergänzungstarifverträge wurde die Wochenarbeitszeit verlängert. Dies kam allerdings in Ostdeutschland (16 Prozent) wesentlich seltener vor

als in Westdeutschland (46 Prozent). Nur in 1 Prozent der Fälle wurde die Wochenarbeitszeit verkürzt.

Bei den Ergänzungstarifverträgen, die eine Anpassung der Arbeitszeit vorsahen, wurde diese im Durchschnitt um 2,4 Stunden verlängert. Dabei entfiel der Großteil – 40 Prozent – auf zwei bis drei Stunden. In weiteren 27 Prozent der Fälle passten die Ergänzungstarifverträge die Wochenarbeitszeit um ein bis zwei Stunden nach oben an, um mehr als drei Stunden zusätzlich ging es in 17 Prozent der Verträge. Der Rest entfiel auf Verlängerungen um weniger als eine Stunde.

• **Entgelte.** Bei den entgeltbezogenen Regelungen gibt es zahlreiche Möglichkeiten, mit Ergänzungstarifverträgen Kosteneinsparungen gegenüber dem Flächentarif zu erzielen (Grafik):

Am häufigsten wurde im Zeitraum 2015 bis 2019 die Jahressonderzahlung 2019 modifiziert, gefolgt vom Urlaubsgeld 2019 und der Jahressonderzahlung 2018.

In der Mehrzahl der Fälle wurden die Sonderzahlungen entweder gekürzt oder ganz gestrichen.

• **Laufzeiten und Arbeitgeberzusagen.** Rund 10 Prozent der untersuchten Ergänzungstarifverträge hatten eine sehr kurze Laufzeit von bis zu einem Jahr, jeder vierte Vertrag lief dagegen länger als fünf Jahre. In 15 Prozent der Fälle wurde sogar eine unbefristete Laufzeit vereinbart. Das zeigt:

Ergänzungstarifverträge können sowohl eine Umbruch- oder Krisenzeit überbrücken als auch eine längerfristige Lösung darstellen.

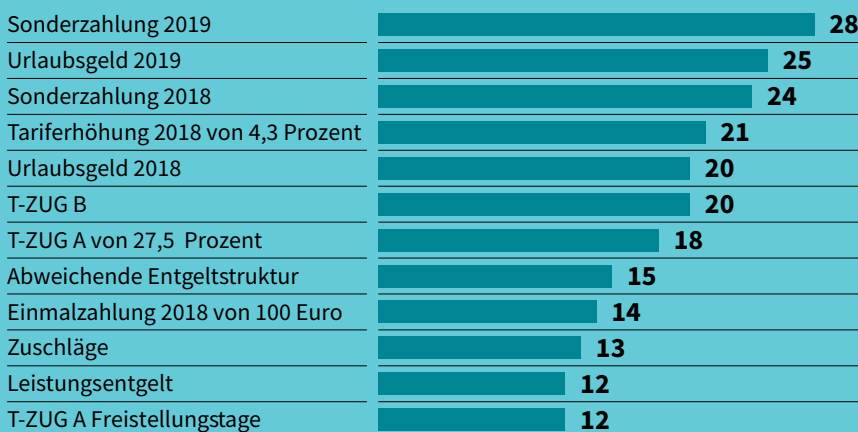
Zudem enthalten die Anpassungsverträge nicht nur Regelungen, die den Betrieben Kostenentlastungen und mehr Flexibilität einräumen – oft verpflichten sie die Arbeitgeber auch, bestimmte Zusagen gegenüber ihrer Belegschaft zu machen. So fanden sich in 63 Prozent der analysierten Verträge Beschäftigungszusagen in verschiedenen Formen, zum Beispiel der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen. In weiteren 31 Prozent der Fälle ging es um konkrete Zusagen von Investitionen.

Alles in allem sind Ergänzungstarifverträge ein flexibles und vielseitig einsetzbares Instrument, um Krisen zu überwinden oder Investitionen zu ermöglichen.

Es gibt allerdings auch Haken: Während große Unternehmen solche Verträge relativ leicht umsetzen können, stellen der mit ihnen verbundene bürokratische Aufwand, der Verhandlungsaufwand sowie die zu treffenden Arbeitgeberzusagen insbesondere kleinere Betriebe vor Probleme.

Metall- und Elektro-Industrie: Ergänzungstarifverträge regeln Entgelte

In so viel Prozent der Ergänzungstarifverträge wurden Regelungen zu folgenden Themen getroffen



Tarifverträge, die zum Stichtag 31. Mai 2019 gültig waren; Auswertung von knapp 400 Ergänzungstarifverträgen aus der Metall- und Elektro-Industrie; T-ZUG: tarifliches Zusatzgeld; T-ZUG B: tarifliche Sonderzahlung, deren Betrag für alle Beschäftigten identisch ist

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2021 IW Medien / iwd

Aus IW-Trends 2/2021

Helena Schneider: Flexibilität des M+E-Flächentarifvertrags iwkoeln.de/flaechentarifvertrag

Knackpunkt Kinderbetreuung

Familienpolitik. *Damit Familien wirtschaftlich abgesichert sind, sollten beide Elternteile in der Lage sein, einer Arbeit nachzugehen. Doch vor allem Frauen können Familie und Beruf nach wie vor oft nicht miteinander vereinbaren. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass noch immer viele Betreuungsplätze für die Kinder fehlen.*

Der angeblich kleine Unterschied ist in Wahrheit beachtlich – zumindest, wenn es um die Berufstätigkeit von Männern und Frauen geht. Zwar ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten stark gestiegen. Dennoch betrug der Anteil der Erwerbstätigen an allen 15- bis 64-Jährigen im Jahr 2019 bei den Frauen nur 72,8 Prozent – gegenüber 80,5 Prozent bei den Männern. Zudem gingen gut 48 Prozent der abhängig beschäftigten Frauen einem Teilzeitjob nach. Von den Männern arbeiteten lediglich knapp 12 Prozent in Teilzeit.

Vor allem junge Mütter stehen oft abseits des Arbeitsmarktes – fast 69 Prozent der Frauen mit einem Kind unter drei Jahren sind nach den jüngsten Daten des Sozio-oekonomischen Panels aktuell nicht erwerbstätig. Doch auch wenn der Nachwuchs längst flügge ist, bleibt das Gefälle zwischen den Geschlechtern in Sachen Beschäftigung bestehen:

Von den 25- bis 54-jährigen Müttern, deren jüngstes Kind bereits volljährig ist, sind knapp 41 Prozent voll erwerbstätig – von allen Vätern im gleichen Alter haben dagegen fast 84 Prozent einen Vollzeitjob.

Zudem gehen rund 16 Prozent dieser Mütter gar keiner Erwerbstä-

tigkeit nach, aber nur 9 Prozent der Väter.

Dabei ist es für die wirtschaftliche Stabilität der Familien heute wichtig, dass beide Elternteile ein ausreichendes Erwerbseinkommen erzielen. Denn trotz leicht rückläufiger Tendenz sind die Scheidungsraten in Deutschland weiterhin hoch – und wer nach einer Trennung die Kinder allein erziehen muss, riskiert überdurchschnittlich häufig, unter die Armutsgefährdungsschwelle zu rutschen. Zudem wird für diejenigen, die wegen des Nachwuchses eine Zeit lang keiner Arbeit nachgehen, der Wiedereinstieg immer schwieriger: Die Digitalisierung sowie die Anpassung der Wirtschaft an die Herausforderungen des Klimawandels führen dazu, dass sich Berufe immer schneller wandeln und Qualifikationen veralten.

Damit alle Väter und vor allem auch Mütter in gewünschtem Umfang (wieder) arbeiten können, braucht es ausreichende und passgenaue Betreuungsangebote für die Kinder. Doch hier gibt es gleich an zwei Stellen große Lücken:

1. Betreuung der unter Dreijährigen. Zuletzt wünschten sich Eltern in Deutschland für gut 49 Prozent der Kinder unter drei Jahren eine institutionelle Betreuung, aber nur 35 Prozent fanden tatsächlich einen

Platz in einer Kita oder bei Tageseltern. Im Jahr 2020 fehlten damit 342.000 Betreuungsplätze für die Kleinsten (siehe iwd 22/2020).

2. Ganztagsangebote für Grundschüler. Dem Bundesfamilienministerium zufolge wurden im Schuljahr 2018/2019 rund 50 Prozent der Grundschüler in einer Ganztagschule oder in einem Hort betreut – Bedarf gab es aber für 71 Prozent der Grundschulkinder. Hochgerechnet bedeutet dies (Grafik):

Deutschlandweit fehlten im Schuljahr 2018/2019 an den Grundschulen mehr als 680.000 Ganztagsplätze.

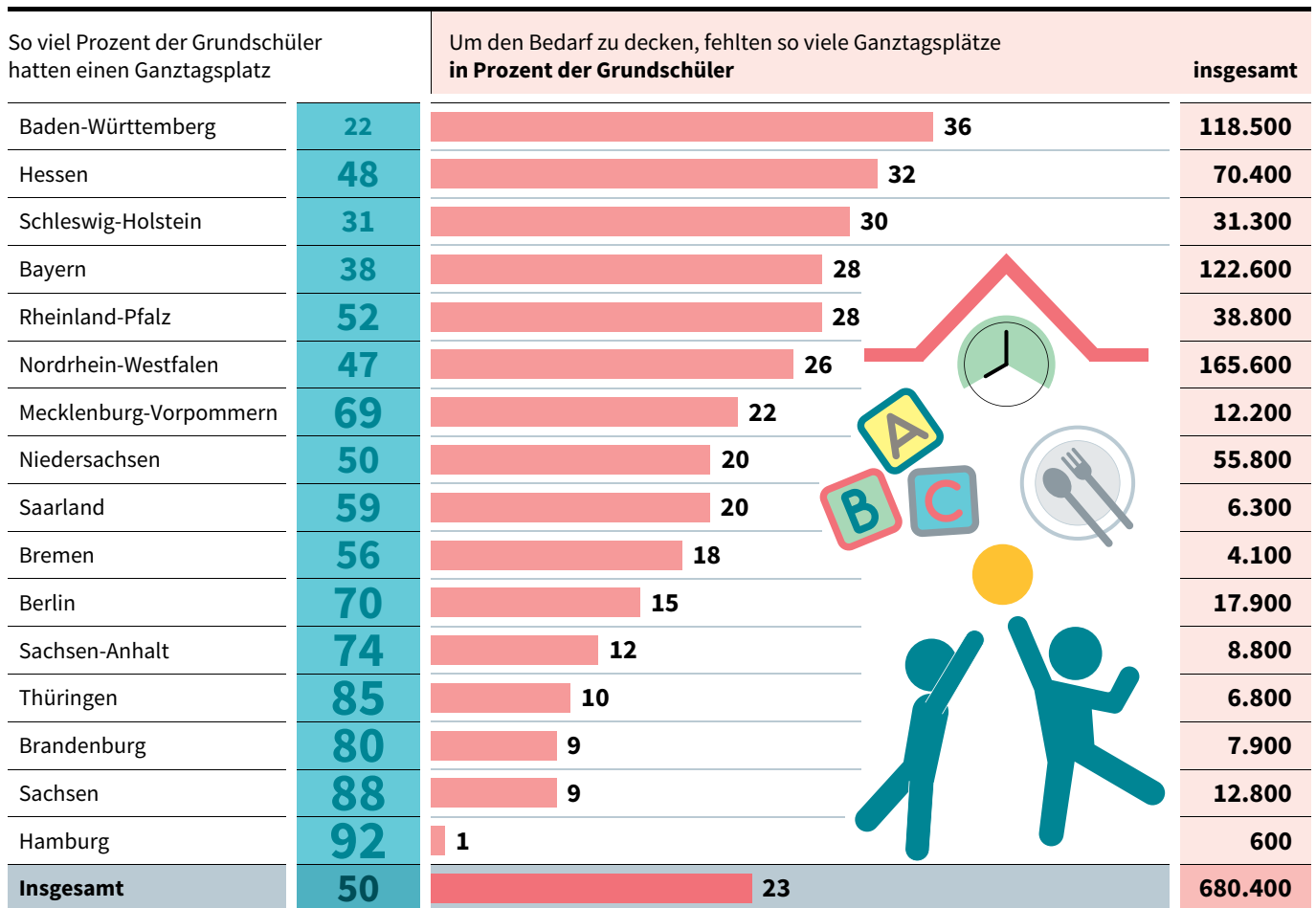
Die Lücke zwischen Betreuungswunsch und -wirklichkeit ist in den einzelnen Bundesländern allerdings unterschiedlich groß. Während in Baden-Württemberg 36 Prozent der Grundschüler nicht ganztags betreut werden konnten, blieb in Hamburg nur 1 Prozent der Grundschüler unversorgt.

Die Politik muss diese Lücken so schließen, dass alle Kinder gut betreut und gefördert werden. Dafür müssen Kitas und Grundschulen allerdings erst einmal ausreichend qualifiziertes Personal finden.

Auch wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, bleibt es natürlich Sache der Eltern zu entscheiden, wer wie viel Zeit für die Familie bezie-

Grundschulen: Viele Ganztagsplätze fehlen

im Schuljahr 2018/2019



Quellen: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2021 IW Medien / iwd

iwd

ungsweise den Beruf aufbringt. Der Staat kann aber Anreize für eine möglichst gleiche Aufgabenteilung setzen. So hat die Einführung der zusätzlichen Vätermomente beim Elterngeld laut Studien dazu geführt, dass Mütter nach Ablauf der Elternzeit verstärkt erwerbstätig geworden sind. Der Bund sollte das Elterngeld deshalb in dieser Richtung weiterentwickeln und die Zahl der Partnermonate erhöhen.

Um die Erwerbsbeteiligung des nicht oder nur in geringem Maße erwerbstätigen Elternteils zu stärken, könnte auch das Ehegattensplitting reformiert werden. Sinnvoll wäre zum Beispiel ein Modell des Real-splittings – wobei sämtliche Reformoptionen nur sehr begrenzt zusätzliche Arbeitsanreize setzen (siehe iwd 14/2021).

Auf den Prüfstand gehört darüber hinaus die beitragsfreie Mitversiche-

rung nicht erwerbstätiger Ehepartner in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, da sie ebenfalls das Festhalten an traditionellen Rollenbildern begünstigt.

IW-Kurzbericht 45/2021

Wido Geis-Thöne, Axel Plünnecke: Familienpolitik – Erwerbstätigkeit beider Elternteile stärken

iwkoeln.de/erwerbstaetigkeit_eltern

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche**24,9**

Milliarden Liter alkoholfreie Getränke wurden 2020 in Deutschland produziert. Corona hat allerdings auch in der Getränkebranche seine Spuren hinterlassen: Durch geschlossene Lokale sowie abgesagte Volksfeste, Konzerte und Festivals ging die Produktion gegenüber dem Vorjahr um rund 4 Prozent zurück – 2019 wurden noch fast 26 Milliarden Liter antialkoholische Getränke hergestellt. Gegen den Trend haben die Lightversionen von Cola, Limo und Co. auch 2020 leicht zulegen können: Mittlerweile produziert Deutschland davon immerhin 1,45 Milliarden Liter im Jahr. Gegenüber 2010 bedeutet das ein Plus von 27 Prozent. Aktuell ist damit gut jede fünfte Cola und Limo kalorienfrei oder -reduziert. Der mit Abstand größte Anteil an allen Getränken ohne Alkohol entfiel mit 53 Prozent allerdings auch 2020 auf Mineral- und Tafelwasser – ganz ohne Lightvarianten.

Top-Liste: Schnelle Gleise

Von Hamburg nach Berlin in weniger als zwei Stunden – möglich macht's die Schnellfahrstrecke zwischen den beiden Metropolen. Eine Schienenstrecke gilt als schnell, wenn auf ihr Fahrgeschwindigkeiten von mindestens 200 Kilometern pro Stunde möglich sind. Im globalen Vergleich ist China das Maß der Dinge: Durch das Reich der Mitte ziehen sich rund 38.000 Kilometer Hochgeschwindigkeitsgleise, beim zweitplatzierten Spanien sind es weniger als ein Zehntel davon. In Deutschland können die ICEs auf knapp 1.600 Kilometern auf ihr Maximum beschleunigen. Ein anderes Bild zeigt sich jedoch, wenn man die Schnellgleislänge in Bezug zur Länderfläche setzt. Hier kommt China auf rund 400 Kilometer Schnellgleise pro 100.000 Quadratkilometer (km²) Fläche – nur noch der achthöchste Wert. Neuer Spitzenreiter ist Südkorea mit fast 900 Kilometern solcher Gleise pro 100.000 km², Deutschland liegt mit 440 Kilometern weiterhin auf Platz fünf. Weit abgeschlagen sind die USA: Je 100.000 km² finden sich dort nur sieben Kilometer Schnellfahrstrecke.

Hochgeschwindigkeitsgleise: China weit vorne

Gesamtlänge der Zug-Schnellfahrstrecken in Kilometern

China 38.284	Spanien 3.487
Japan 3.041	Frankreich 2.735
Deutschland 1.571	
Finnland 1.120	Italien 921
Südkorea 893	Schweden 860
	USA 735

Schnellfahrstrecke: mögliche Fahrgeschwindigkeit von mindestens 200 Kilometern pro Stunde

Quelle: Internationaler Eisenbahnverband
© 2021 IW Medien / iwd

iwd